Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Gebr. Arnhold & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ¾10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 10. | Dresden, Sonnabend den 12. Januar 1918. | 29. Jahrg.

Die Wahl in Bautzen. – Trotzkis Friedenswille.

Kommission für die territorialen Fragen. — Balfours Kriegsziele. — Die preußische Wahlrechtsfrage im Ausschuß.

Eine Mehrheit für den Verständigungsfrieden.

Bei der Reichstagsersatzwahl im Kreise Bautzen wurden nach vorläufiger Feststellung abgegeben für

Herrmann (kons.)	**6986 St.**	(1912)	13350 St
Pudor (Fortschr.)	**3521** -	(1912)	7889 -
Uhlig (Soziald.)	**6441** -	(1912)	11412 -

Stichwahl zwischen Herrmann und Uhlig.

Die Wähler im 3. sächsischen Reichstagswahlkreise haben gesprochen. Das mit seltener Spannung erwartete Resultat liegt heute vor. Noch läßt sich zur Stunde nicht mit Bestimmtheit sagen, ob nicht noch einige Dörfer fehlen. In der Hauptsache steht das Ergebnis aber fest. Wie mit Sicherheit vorauszusehen war, ist die Entscheidung nicht im ersten Wahlgange gefallen. Bei der Stichwahl kommt es vor allem auf die Haltung der fortschrittlichen Wähler an. Wird bei ihnen die Konsequenz für die Friedenspolitik so ausgeprägt sein, daß sie sich zur Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels entschließen? Es müßte für einen entschiedenen Fortschrittler selbstverständlich sein. Wir blicken der endgültigen Entscheidung mit Zuversicht entgegen.

Doch wie sie ausfallen möge, die Entscheidung über die Frage, um die der heftige Wahlkampf in erster Linie geführt wurde, ist schon jetzt gefallen. Ein Prüfstein für den „Verzichtfrieden", das heißt den Verständigungsfrieden und die Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit, sollte nach dem leitenden Organ der Konservativen, der Kreuzzeitung, diese Wahl werden. Darum traten die Konservativen von Anfang an auch so entschieden für eine eigene Kandidatur ein, darum schoben sie auch so rücksichtslos den Dresdner Glasermeister Wetzlich beiseite, dessen deutschvölkische Richtung ihnen die alldeutsche Eroberungspolitik nicht unzweideutig genug zum Ausdruck brachte. Mit einem auf die Annexionspolitik schwörenden konservativen Kandidaten glaubten sie die Verständigungspolitik niederschlagen, ein Exempel gegen die Politik der Reichstagsmehrheit statuieren zu können. Offenbar glaubten sie an eine überwältigende Mehrheit für ihren Kandidaten und damit eine vernichtende Niederlage für den Verständigungsfrieden und die Reichstagsmehrheit. Und das Resultat?

Die jetzt vorliegenden Ziffern weisen eine große Mehrheit für den Verständigungsfrieden auf. Die für eine Verständigungspolitik eintretenden Kandidaten der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie haben zusammen 9962 Stimmen erhalten, hinter dieser Ziffer bleibt der konservative Kandidat um 3000 zurück. So groß ist die Mehrheit für den Verständigungsfrieden. Bedenkt man, daß es sich um einen vorwiegend agrarischen Wahlkreis handelt, in dem die Industrie sehr wenig entwickelt ist und auch sonst verschiedene Umstände den konservativen Kriegstreibern zugute kamen, dann ist das ein imponierendes Resultat. Vor allem ist auch zu berücksichtigen, daß die jungen tatkräftigen Wähler im Felde stehen und sich der Aprell zur Wahlbeteiligung fast ausschließlich an ältere und ergraute Wähler richten mußte, daß ferner in den ländlichen Distrikten die Zahl der daheimgebliebenen Wähler verhältnismäßig größer ist wie in der Stadt. Auf dem Lande aber verfangen die alldeutschen Lockrufe eher, weil dort die Kriegsnot weniger spürt, ja die Schichten der ländlichen Bevölkerung von den Kriegspreisen direkten Vorteil haben.

Und demnach ist die Wahl eine Enttäuschung für Eroberungspolitiker, eine Niederlage für die Konservativen. Nicht nur kann jetzt schon eine erfreuliche Mehrheit gegen die Kriegstreiber und damit eine Absage an ihre Politik festgestellt werden, das Stimmverhältnis hat sich auch zuungunsten der Konservativen wesentlich verschoben.

So erfreulich diese Entscheidung gegen die Kriegspolitik der Alldeutschen und Konservativen ist, so dürfen wir uns doch damit begnügen, den Kriegstreibern eine Niederlage beigebracht zu haben, jetzt gilt es, dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Und dazu müssen wir unverzüglich zur Stichwahl rüsten.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 12. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtstätigkeit blieb auf Artillerie- und Wurfminenkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen und Italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Trotzkis Rede in Brest-Litowsk.

Nunmehr haben in Brest-Litowsk die Bolschewiki auf die wesentlichsten Punkte des Vierbundes geantwortet und den Willen kundgegeben, das Friedenswerk nicht durch technische Streitfragen stören zu lassen. Nach den russischen und ukrainischen Erklärungen, wonach künftig die ukrainische und die russische Abordung zwei getrennte selbständige Delegationen derselben Partei bilden sollen, sagte Staatssekretär v. Kühlmann, mit Zustimmung der Versammlung, daß diese Präliminarfrage vorerst zwischen den Delegationen der Verbündeten beraten werden würde und ihre weitere Erörterung im Plenum vorbehalten bleibe. Danach ergriff der erste Delegierte der russischen Delegation, Trotzki, das Wort und erklärte einleitend, er halte es für notwendig, vorerst

ein Mißverständnis zu beseitigen,

das sich in die Verhandlungen eingeschlichen habe. Die russische Delegation stelle fest, daß das offizielle in deutschen Zeitungen veröffentlichte Protokoll der Sitzung vom 27. Dezember 1917 in dem Teil, in welchem die Rede des Vorsitzenden der russischen Delegation wiedergegeben worden sei, dem entspreche, was sich in dieser Sitzung ereignet habe. Was das der russischen Delegation gänzlich unbekannte, wirkliche oder fiktive Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur anbelange, auf welches sich die deutsche Presse und der Staatssekretär v. Kühlmann berufen hätten, so müsse die russische Delegation hierüber zunächst Erkundigungen einziehen.

Trotzki gab dann seinem Bedauern Ausdruck, daß dieses Mißverständnis, das in keinem Zusammenhange mit den Arbeiten der Delegation stehe, eingetreten sei. Was den von den militärischen Vertretern der drei anderen Delegationen unterstützten Protest des Generals Hoffmann gegen Artikel in der Presse, Funksprüche, Aufrufe usw. betreffe, so müsse er erklären, daß weder die Bedingungen des Waffenstillstandes noch der Charakter der Friedensverhandlungen die Freiheit der Presse und des Worts begrenzten.

Nach diesen Vorbemerkungen ging Trotzki auf den Inhalt der von den Vorsitzenden der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegationen abgegebenen Erklärungen ein und führte aus:

„Fürs erste bestätigen wir, daß wir im vollen Einvernehmen mit dem vorher gefaßten Beschluß die Friedensverhandlungen weiterführen wollen, ganz abgesehen davon, ob sich die Mächte der Entente anschließen oder nicht. Wir nehmen die Erklärung der Delegationen des Vierverbandes zur Kenntnis, daß die Grundlagen des allgemeinen Friedens, die in ihrer Deklaration vom 25. Dezember formuliert waren, jetzt hinfällig werden, da die Länder der Entente während der zehntägigen Frist sich den Friedensverhandlungen nicht angeschlossen haben. Wir unsrerseits halten an den von uns proklamierten Grundsätzen des demokratischen Friedens fest. Was den russischen Vorschlag auf

Verlegung der weiteren Verhandlungen auf neutrales Gebiet

anbelange, so sei dieser auf den Wunsch zurückzuführen, für beide Seiten gleich günstige Verhältnisse herzustellen. Die öffentliche Meinung Rußlands nehme übrigens daran Anstoß, daß die russische Delegation die Verhandlungen in einer von deutschen Truppen besetzten Festung führe, zumal es sich hier um das Schicksal lebendiger Völker handle.

Die technischen Schwierigkeiten, welche das Verlegen der Verhandlungen auf neutrales Gebiet mit sich bringe, könne die russische Delegation ebensowenig gelten lassen, wie die Furcht vor Machenschaften der Entente, gegen die sich Rußland selbst zu sichern wisse. Unter Hinweis auf die von der russischen Regierung bisher konsequent befolgte Friedenspolitik und die von ihr bewiesene Unabhängigkeit, bemerkte Trotzki weiter, er habe absolut keine Gründe anzunehmen, daß die Diplomatie der Entente auf neutralem Boden gegen den Frieden mit größerem Erfolge operieren könnte, als in Petersburg.

Wenn also nach Ansicht der russischen Delegation technische und politische Umstände das Schicksal des Friedens nicht unbedingt an Brest-Litowsk als Verhandlungsort knüpften, so vermöge die russische Delegation nicht an einem anderen, vom Reichskanzler erwähnten Argument vorüberzugehen. Gemeint sei jener Teil der Rede des Grafen Hertling, in der dieser außer auf das gute Recht und das soziale Gewissen auch auf die Machtstellung Deutschlands hingewiesen habe. Die russische Delegation habe weder die Möglichkeit noch die Absicht, zu bestreiten, daß ihr Land durch die Politik der bis vor kurzem herrschenden Klassen geschwächt sei; aber die Weltstellung eines Landes werde nicht nur durch den augenblicklichen Stand seines technischen Apparates bestimmt, sondern auch durch die ihm innewohnenden Möglichkeiten, wie ja auch die wirtschaftliche Kraft Deutschlands nicht nur nach dem heutigen Stande seiner Verpflegungsmittel beurteilt werden dürfe. Ebenso wie die große Reformation des 16. und die große Revolution des 18. Jahrhunderts die schaffenden Kräfte des deutschen und des französischen Volkes zum Leben geweckt habe, so seien durch die große Revolution in Rußland die schaffenden Kräfte des russischen Volkes geweckt und entfaltet worden. Aber die russische Regierung habe

an die Spitze ihres Programms das Wort „Frieden"

geschrieben, und die hohen Sympathien, welche das russische Volk den Völkern der Verbündeten entgegenbringe, bestärken es in dem Wunsche, den schleunigen Frieden, der auf der Verständigung der Völker begründet sein werde, zu erreichen. Um den Mächten des Vierbundes den Vorwand eines Abbruchs der Friedensverhandlungen aus technischen Gründen zu entziehen,

nehme die russische Delegation die Forderung an, in Brest-Litowsk zu bleiben. Sie bleibe in Brest-Litowsk, um keine Möglichkeit in dem Kampfe um den Frieden unausgenutzt zu lassen.

Indem die russische Delegation auf ihren Vorschlag wegen Verlegung der Verhandlungen auf neutralen Boden verzichte, beantrage sie zur Fortsetzung der Verhandlungen überzugehen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde dann beschlossen, am Nachmittage zwischen den Delegationen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns einerseits und Rußland andrerseits eine interne Beratung abzuhalten.

•

Zur Regelung wirtschaftlicher und rechtlicher Fragen.

Brest-Litowsk, 11. Januar. Im Sinne des in der gestrigen Plenarsitzung gefaßten Beschlusses traten gestern nachmittag Abgeordnete der Delegationen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Rußlands zu einer Besprechung zusammen. Es wurde vereinbart, daß die von der russischen Delegation am 27. Dezember 1917 vorgeschlagene Kommission zur Beratung der politischen und territorialen Fragen gebildet werden soll, und daß parallel mit den Beratungen dieser Kommission Vorbesprechungen der Fachreferenten der einzelnen Delegationen über die Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen stattzufinden hätten. Es wurde des weiteren vereinbart, daß die erstberührte Kommission am 14. Januar, vormittags 10 Uhr, ihre Beratungen beginnen sollte. Von deutscher und österreichisch-ungarischer Seite sollen in die Kommission entsandt die Vorsitzenden der beiden Delegationen, je ein diplomatischer und militärischer Delegierter und je zwei Sekretäre. Die russische Delegation behielt sich die Beschlußfassung über die Zahl der in die Kommission zu entsendenden Mitglieder vor. Diese Kommission hat sich heute vormittag 10 Uhr konstituiert und ihre Beratungen begonnen, die um 1 Uhr nachmittags unterbrochen und um 5 Uhr fortgesetzt wurden.

•

Die Ukraine und die polnische Frage.

Nach den ukrainischen und russischen Erklärungen in Brest werden von jetzt an die Vertreter der vier Mächte nicht gegen die Vertreter einer Macht, sondern gegen die Vertreter von zwei Mächten stehen, und das Ergebnis der Verhandlungen kann dadurch [illegible] beeinflußt werden. Die Vertreter versuchen [illegible] — nationale Rechte und wollen tatkräftig ihre nationalen Interessen vertreten, wodurch die Lösung des Problems eine starke Änderung erfahren könnte. Ein helles Licht auf die Machenschaften der Alldeutschen wirft das aus Kowno gegebene und [illegible] Gerücht:

Eine aus Kiew zurückgekehrte Persönlichkeit, die zur Kiewer Beziehungen hat, teilt mit: Die ukrainischen Friedensunterhändler haben die Weisung erhalten, die Errichtung eines unabhängigen Polens, innerhalb des ethnographischen Gebietes, zu bestimmen. Da von den Zentralmächten besetzte ukrainische Chelm, Lublin und Brest fällt an die Ukraine, Teile Galiziens an den österreichischen Staatsverband ausgeschieden werden, so bleiben nur die Großherzogtümer Posen und Kalisch an Polen übrig, das Königreich Galizien aus Ostgalizien müßte dann der Ukraine einverleibt werden.

Man vermeint jetzt besser denn zuvor, warum der polnische Regentschaftsrat auf seine selbstverständliche Beteiligung an den Friedensverhandlungen, in denen [illegible] [illegible] politisch wenden kann.